

„LÖ-Zukunft“

Die UfL begründet ihren Antrag zur Einrichtung eines kommunalen Existenzsicherungsfonds im Ausschuss „Wirtschaft, Bau, Verkehr und Sport“ am 17.06.2020

Sehr geehrte Herr Ausschussvorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Ratskollegen!

Wie jeder von uns ganz persönlich erfahren durfte, hat die Corona Pandemie weltweit mit voller Wucht zugeschlagen. Kontaktsperren, das Schließen aller nicht für den Grundbedarf nötiger Einrichtungen, nicht zuletzt die ausgefallenen Volksfeste und Ausschusssitzungen haben den Ernst der Lage deutlich gemacht.

Infolge der Pandemie rechnet die IHK damit, dass 80 Prozent der Firmen einen Umsatzeinbruch erleiden, 27% davon planen mit 25-50% weniger Umsatz in 2020.

Wirtschaftsminister Bernd Althusmann befürchtet in Niedersachsen bis zu 5000 Insolvenzen alleine im Einzelhandel in Niedersachsen.

Der Präsident des Deutschen Städtetages Burkhard Jung, OB aus Leipzig, sieht, ich zitiere aus dem Berliner Tagesspiegel vom 22.05.20: „eine dramatische Veränderung der Innenstädte durch Pleiten im Einzelhandel. Handel, Gastronomie und Kultur in den Stadtzentren seien durch die Corona Krise besonders betroffen.“

Die Beispiele zeigen eindrücklich den Ernst der Lage und sind übertragbar auf die Situation in Lönigen. Auch bei uns haben z.B. kleinere Läden, Reisbüros, Kneipen und die Gastwirtschaft es extrem schwer, diese Krise finanziell durchzuhalten, gerade vor dem Hintergrund, dass es keine Terminierung des Endes der Krise gibt.

Wie alle wissen, hat das Sterben der Gaststätten auch schon in Lönigen begonnen, wie man an der Kneipe „Zur Kurve“ sieht.

Wenn wir alleine an unsere Saalbetriebe denken, die Spargelessen im vierstelligen Bereich verloren haben, in der Regel im Zeitraum Mai bis Juli schnell mal 10 Hochzeitsgesellschaften weniger haben, dann sprechen wir im Lockdown von 100% Einnahmeverlust! Jetzt, wo eine vorsichtige Öffnung möglich ist, sprechen wir immer noch von 95% Verlust, da die Bevölkerung aus Angst vor Ansteckung nur sehr langsam das Angebot wieder annimmt.

Dies soll nur versuchen, die Dimension des Schadens deutlich zu machen, als Beispiel für alle kleineren Betriebe. Passen wir hier nicht als Kommune auf, so laufen wir Gefahr, die Infrastruktur in unserer Stadt und in unseren Dörfern auf Dauer zu verlieren, gleiches gilt für die kleineren Betriebe in unserer Fußgängerzone und im innerstädtischen Bereich.

Das müssen wir verhindern!!

Denn eines ist klar, ist die Innenstadt erst einmal tot, wird es viel Zeit und damit Geld kosten, hier wieder Leben hinein zu bringen. Also ist der erste Schaden der kleinste Schaden.

Sicher gibt es Hilfsangebote, aber reichen die aus?

- a) N-Bank erste Hilfe: ausgelaufen zu Ende Mai.*
- b) KfW-Kredite mit 100% Bürgschaft. Kann man machen, häuft aber einen Berg Schulden an, der über Jahre hinweg wieder abgebaut werden muss.*
- c) Neues 25 Mrd. Programm des Wirtschaftsministeriums:
 - a. Diese Maßnahmen decken aber nur bis max 80% der Festkosten der Betriebe ab, den Rest muss der Unternehmer selbst tragen.*
 - b. Bleibt ihm nichts zum Leben, so ist er gezwungen, Grundsicherung zu beantragen. Für viele sicher ungewohnt und eine extreme Niederlage,**

Die simple Forderung, einfach an den Investitionsvorhaben der Kommunen und des Bundes festzuhalten, greift hier zur kurz. Gott sei Dank sind die Handwerksbetriebe bislang kaum von der Corona-Krise betroffen, aber dann kommt die Hilfe dort nicht an, wo sie aktuell tatsächlich benötigt wird.

Daher möchten wir gemeinsam mit dem Rat und der Verwaltung mit diesem Antrag ein Zeichen setzen, dass auch die lokale Politik diese betroffenen Betriebe nicht vergessen hat und sich für deren Erhalt stark macht.

Wir sind uns bewusst, dass wir mit den begrenzten finanziellen Mitteln in Löningen nicht alles auffangen können, hoffen aber der lokalen Wirtschaft damit ein Zeichen der Unterstützung zu setzen. Daher bitte ich darum, dass wir gemeinsam im Sinne der gewerblichen Betriebe diesen Antrag positiv empfehlen.“

